

Politisches Sekretariat

p.B.58.02-THU/SPE

Bern, 7. August 1992

Offizieller Arbeitsbesuch von

D. Woker nach Georgien und

Aserbaidshan vom 17.-22.8.1992

Aserbaidshan nach dem Sturz von Präsident A. Mutalibov

1) Einleitung

Am 15. Mai dieses Jahres erzwang die 1989 gegründete Volksfront Aserbaidshans (NFA) zum zweiten Mal den Rücktritt des im Herbst letzten Jahres gewählten Präsidenten Ayaz Mutalibov. Dieser sah sich bereits am 6. März 1992 zum Verzicht auf das Präsidentenamt genötigt, da er nach dem armenischen Ueberfall auf die Zivilbevölkerung von Chodschali im Februar 1992 (mehrere hundert Tote) den Vorwurf der eigenen Opposition, wonach er sich zuwenig für die Schaffung einer aserbaidshanischen Armee eingesetzt habe, nicht entkräften konnte.

Da es weder dem neuernannten Interimspräsidenten und Vorsteher der medizinischen Fakultät der Universität Baku, Yagub Mamedov, noch dem von der NFA vorgeschlagenen Premierminister Hasan Hasanov gelang, die durch die wirtschaftliche Misere ohnehin belastete Situation zu entschärfen, kam es Anfang Mai zu erneuten Gegendemonstrationen der Mutalibov-Anhänger. Am 12. Mai erzwangen sie die Einberufung einer Sondersession zur Diskussion des in der Zwischenzeit verfassten Berichts über die Hintergründe des Chodschali-Ueberfalls. Die zu diesem Zweck gebildete Untersuchungskommission, die ihren Bericht am 14. Mai dem Parlament vorlegte, kam zum Schluss, dass Mutalibov die Bildung aserbaidshanischer Streitkräfte zwar vernachlässigt, aber deshalb nicht Landesverrat begangen habe. Darauf erklärte das Parlament den Beschluss vom 6.3.1992 über den Rücktritt des Präsidenten unter dem Druck der Strasse für ungültig (das Parlamentsgebäude wurde seit dem 12. Mai von Anhängern Mutalibovs belagert) und ersetzte Mamedov wieder durch Mutalibov.



Noch in der selben Nacht reagierte die Volksfront mit einem Apell an die aserbaidische Bevölkerung, indem sie ihre Anhänger zum "Kampf gegen den verfassungswidrigen Beschluss" des Parlaments aufrief. In der Folge kam es am 15. Mai zum Sturm von über 10'000 zum Teil bewaffneten NFA-Anhängern auf das Parlamentsgebäude, der allerdings keine Opfer forderte, da die Parlamentarier schon vorher geflüchtet waren (von Mutalibov fehlte vorerst jede Spur; er soll, wie es später hiess, auf Grund eines Herzleidens in Moskau hospitalisiert worden sein).

Aehnlich wie in Georgien versuchte auch die neue Führung Aserbaidischans sofort den erzwungenen Sturz des vom Volk gewählten Präsidenten zu rechtfertigen. In zahlreichen Auftritten am staatlichen Fernsehen begründeten die Führer der NFA den Putsch mit der Notwendigkeit, die verfassungsmässige Ordnung wieder herzustellen, und eine noch am 16. Mai einberufene "unabhängige Kommission" bestätigte folgerichtig den illegalen Charakter des Parlamentsentscheids über die Wiedereinsetzung Mutalibovs zum Staatspräsidenten.

2) Vorerst kaum Aussicht auf Demokratisierung

Den in seiner Antrittsrede vom 14. Mai 1992 bekanntgemachte Entscheid Mutalibovs, die für den 7. Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben, machte die NFA nach der Machtergreifung rückgängig.

Die Wahlen wurden unter der Aufsicht ausländischer Beobachter durchgeführt, wobei der 64-jährige Orientalist und Führer der NFA aus Nachitschewan, Abulfaz Elchibey, mit rund 59% aller Stimmen gewählt wurde. Die Wahl Elchibey's legitimierte den Umsturz vom 15. Mai teilweise, doch bleibt es zumindest zweifelhaft, inwieweit die neue Führung willens und in der Lage ist, Aserbaidischans zu demokratisieren.

Das Parlament wurde am 18. Mai aufgelöst und durch einen "nationalen Rat" (rund 50 Mitglieder) ersetzt. Der Vorschlag der rechtsnationalen Unabhängigkeitspartei unter Etibar Mamedov (nicht zu verwechseln mit Yagub Mamedov), wonach analog zu Georgien ein Staatsrat geschaffen werden sollte, indem alle politischen Fraktionen vertreten sind, wurde von der NFA abgelehnt. Stattdessen bildeten die Abgeordneten des nationalen Rats eine Koalitionsregierung und verschoben die Parlamentswahlen auf den Herbst dieses Jahres.

Bereits zu diesem Zeitpunkt kritisierten Vertreter der gemässigten sozialdemokratischen Gruppe Aserbaidischans (SDGA) die Politik der neuen Führung. Der in der letzten Sitzung des Parlaments (18. Mai 1992) angenommene Rücktritt von Y.

Mamedov "aus gesundheitlichen Gründen" sei eine Farce gewesen, hiess es (tatsächlich kandidierte Mamedov zwei Wochen später an den Präsidentschaftswahlen vom 7. Juni 1992), und die Vorstellung, dass Aserbaidshans sich nun der Rechtsstaatlichkeit nähere, sei eine Illusion. Der Entscheid des neuernannten Verteidigungsministers Rahim Gaziev, die Polizei zu ermächtigen, ohne gerichtliche Vollmachten Häuser und Autos zu durchsuchen sowie verdächtige Personen bis zu 30 Tagen zu inhaftieren, stiess ebenfalls auf breite Kritik. Selbst in der NFA, die sich nach der erkämpften Unabhängigkeit der Republik in mehrere Fraktionen aufgespalten hat, stiess das Dekret Gazievs teilweise auf Widerstand. Dieser verschärfte kurz darauf die Notstandsmassnahmen, verbot alle Demonstrationen und sprach sich für die Einführung der Pressezensur aus.

Zusätzlich belastet werden die Reformschritte durch den Krieg in Nagornij-Karabach. Elchibey, der sich vor und nach den Präsidentschaftswahlen für eine politische Lösung des Konflikts ausgesprochen hatte, dürfte Mühe haben, diese Position nach weiteren militärischen Fehlschlägen aufrecht zu erhalten. Im übrigen stellt sich ohnehin die Frage, inwieweit die Stellungnahmen Elchibeys zur Lösung des Berg-Karabach-Konflikts seiner tatsächlichen Haltung entsprechen. So soll er sich am letzten Treffen der Vertreter der "Schwarzmeer-Staaten" in Istanbul geweigert haben, mit den Vertretern aus Erewan zu sprechen. Vor allem E. Mamedov und der Vorsitzende des Obersten Sowjets der autonomen Republik Nachitschewan, G. Aliev, der durch seine mafiose Vergangenheit traurige Berühmtheit erlangte, machen ihre Unterstützung Elchibeys von radikalen Massnahmen abhängig, die ihrer Ansicht nach zum Sieg über die Armenier notwendig sind. Dazu gehören insbesondere die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und eine härtere Gangart gegenüber den gemässigten Vertretern der SDGA. Dass der Konflikt um Nagornij-Karabach heute zum entscheidenden Gegenstand aserbaidshanischer Innenpolitik geworden ist, beweist auch die Aussage des neuen Verteidigungsministers. Er wolle sich, so bekannte er öffentlich, vor dem Parlamentsgebäude in Baku umbringen, wenn es seiner Armee nicht gelingen sollte, die Schmach von Schuscha, Latschin und Chodschali zu rächen.

Neben Berg-Karabach steht auch das Verhältnis Aserbaidshans zu Iran und Türkei im Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion. Der Besuch des türkischen Premierministers S. Demirel, der von Arpaslan Turkesh vom rechten Flügel der nationalen Arbeiterpartei begleitet wurde, machte deutlich, dass ein Teil der NFA pantürkische Ziele verfolgt. Die Mitglieder der im Frühling dieses Jahres geschaffenen Miliz der NFA soll gemäss Angaben der Presseagentur Reuter bei

dieser Gelegenheit gar T-Shirts mit dem aufgedruckten Emblem der grauen Wölfe getragen haben. Präsident Elchibey warnte deshalb davor zu glauben, dass die Türkei alle Probleme Aserbaidschans lösen könne. Gleichzeitig wies er auf die Gefahr hin, die von den radikalen Irredentisten ausging, welche die Vereinigung mit den mehrheitlich von Azeris bewohnten Provinzen Irans anstreben. Obwohl auch Elchibey davon ausgeht, "dass die Frage der azerischen Minderheit in Iran längerfristig geklärt werden muss", ist er sich der Belastung, welche dieses Problem für die in letzter Zeit ohnehin abgekühlten Beziehungen zu Iran bedeutet, bewusst.

Diese Debatte, die letztlich mit den Schwierigkeiten zu tun hat, welche die Azeris bei der Suche ihrer eigenen, lange Zeit unterdrückten Identität begegnen, (selbst im sowjetischen Pass stand bis 1934 unter der Rubrik Nationalität: Türke und nicht Azeri) nimmt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere (hohe Inflations- und Arbeitslosenrate, über 250'000 Flüchtlinge aus Armenien und Berg-Karabach) immer radikalere Züge an.

3) Verbitterung und Hass

Bereits vor dem Beginn der KSZE-Gespräche zur Beilegung des Nagornij-Karabach-Konflikts in Rom äusserten sich die Vertreter Aserbaidschans verschiedentlich enttäuscht über die einseitige Berichterstattung westlicher Medien. So hätten offenbar alle vergessen, dass im Anschluss an das Erdbeben vom 7. Dezember 1988 in Armenien zwei Flugzeuge mit Hilfsgütern und aserbaidshanischen Freiwilligen und im Winter 91/92 zwei aserbaidshanische Delegationen, die mit dem Helikopter nach Moskau unterwegs waren, von den armenischen Streitkräften abgeschossen wurden, obwohl es sich um bekanntgemachte und friedliche Missionen handelte. Alle würden immer von den vertriebenen Armenier aus der Berg-Karabach reden, und niemand spreche von Chodschali oder den Flüchtlingen in Sumgait und Baku. Zudem wisse man, dass Erewan sich weigere, die betroffene Zivilbevölkerung aus dem umstrittenen Gebiet zu evakuieren, "....um damit die eigenen Truppen besser zu motivieren".

Auch die Wertung historischer Entwicklungen falle im Westen oft einseitig oder verzerrt aus. Es werde wiederholt von den Pogromen von 1915 gesprochen, doch höre man kaum von den Ausfällen der Armenier gegen ihre aserbaidshanische Minderheit, die 1948 zur Vertreibung von über 200'000 Azeris geführt habe. Tatsächlich siedelten die Armenier noch zu Beginn dieses Jahrhunderts in 12 von 13 Verwaltungseinheiten des Transkaukasus als Minderheit, und selbst in der Erewaner

Provinz bildeten sie als Religionsgemeinschaft mit 54% nur eine schwache Mehrheit. 90 Jahre später stellt Armenien die homogenste aller Sowietrepubliken dar (ca. 93 % der Bevölkerung ist armenisch).

Die Vertreter der neuen Regierung führen auch ins Feld, dass die in Armenien stationierten russischen Streitkräfte die Einheiten der armenischen Armee unterstützten. Es sei gesichert, dass sich immer mehr Russen zur Verfügung stellen, um gegen Bezahlung im Krieg um Nagornij-Karabach teilzunehmen. Da die armenische Regierung mehr finanzielle Mittel besitzt, um ausländische Söldner und Waffen zu bezahlen, sei die armenische Armee letztlich auch erfolgreicher.

Besonders nach der armenischen Offensive gegen Latschin verstärkte deshalb die Türkei ihre Anstrengungen, um den Standpunkt Bakus im Westen verständlich zu machen. Ankara wies insbesondere darauf hin, dass sich Armenien als Mitglied der KSZE und als Mitunterzeichner der GUS-Abkommen dazu verpflichtet habe, keine Grenzen mit militärischen Mitteln zu verändern.

Elchibey liess bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten keinen Zweifel darüber offen, dass Aserbaidshon - sollte er gewählt werden - aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten austreten würde. Im staatlichen Fernsehen soll er erklärt haben, dass er "...ohnehin viel besser arabisch als russisch spreche (Elchibey war 1963/64 als Uebersetzer in Aegypten tätig) und sich deshalb nur sehr schlecht mit den Russen verstehe (!)..."

So steht Aserbaidshon nach dem Sturz Mutalibovs und der Wahl Elchibey^s politisch isolierter und wirtschaftlich kaum besser da. Viele sehen im militärischen Erfolg über die Armenier den einzigen Ausweg aus der Krise. Sollte sich dieser nicht einstellen, dürften sich die innenpolitischen Spannungen weiter verschärfen.

Kopien an: KE, SIN, GRN, DY, MER, RIA, KUR, KD, PR, BUU, KO, MW, THU
 Botschaften Ankara, Moskau, Rom,
 BAWI - Botschafter S. Arioli
 - Herrn R. Ramsauer, Herrn H.U. Mazenauer